

# ZUR SITUATION

---

## On a Mission from God?

*Bush, die Religion und der Krieg\**

Wolfram Kinzig

*Rede zur Eröffnung des Sommersemesters 2003*

Vorbemerkung des Verfassers: Die nachfolgende Rede entstand während des Krieges der USA, der Briten und ihrer Alliierten gegen den Irak und wurde zur Eröffnung des Sommersemesters der Evangelisch-Theologischen Fakultät am 22. April 2003 im Festsaal der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn gehalten. Sie wird nachstehend in nahezu unveränderter Form wiedergegeben, da sie nicht nur wissenschaftliche Analyse, sondern gleichzeitig Momentaufnahme einer bestimmten politischen, geistigen und theologischen Bewusstseinslage im Frühjahr 2003 ist.

Der Krieg im Irak ist beendet, doch das Problem der Legitimität dieses Krieges ist damit nicht gelöst. Was dürfen Theologinnen und Theologen, was können sie, was müssen sie in dieser Lage sagen? Ist zu diesem Krieg nicht bereits alles gesagt? Können andere dies nicht besser tun?

Es ist weithin umstritten, ob Theologinnen und Theologen zu Aspekten der Tagespolitik Stellung nehmen sollten – das ist Aufgabe der Politikerinnen und Politiker und vielleicht von uns allen in unserer Eigenschaft als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Theologinnen und Theologen sollten sich auch nicht zu den rechtlichen Problemen des Irakkrieges äußern. Die Antwort auf die Frage, ob der Krieg völkerrechtswidrig ist oder nicht, können sie den Rechtskundigen überlassen.

Häufig wird indessen die Behauptung auf-

gestellt, der Krieg sei auch religiös motiviert. Der Spiegel titelte unlängst: »In göttlicher Mission«: Der Kreuzzug des George W. Bush<sup>1</sup> und das Fernsehmagazin »Monitor« hieb in seiner Ausgabe vom 3. April in dieselbe Kerbe. Die These steht im Raum, der christliche Hintergrund der Bush-Administration sei ein auslösender Faktor für den Irakkrieg gewesen. Wenn dem so wäre, dann wäre dies in der Tat ein schwerwiegender Vorwurf, dem sich ja nicht nur die Bush-Regierung, sondern unter Umständen das Christentum insgesamt ausgesetzt sähe. Aus manchen Berichten erhält man den Eindruck, dass der Irakkrieg dazu instrumentalisiert wird, das Christentum gleich noch mit in die Pfanne zu hauen. Darum müssen wir Theologinnen und Theologen diese Frage unaufgeregt, mit kritisch prüfendem Blick und mit Augenmaß beantworten.

\* Für hilfreiche Anmerkungen und Kritiken danke ich den Herren Prof. Dr. Michael Slusser (Pittsburgh), Prof. Dr. Günter Bader und Dr. Ulrich Volp (Bonn). Bei der Materialbeschaffung halfen mir freundlicherweise Frau cand. theol. Simone Lehnert und Herr cand. theol. Dirk Schwamborn. Alle Verweise auf Internetseiten in den folgenden Anmerkungen entsprechen dem Stand vom 22. April 2003.

1. Heft Nr. 8 vom 17. Februar 2003.

Man könnte sich nun eine zynische Sicht der Politik der Bush-Administration zu eigen machen, die besagt, es gehe im Irak ungeachtet aller politischer Rhetorik letztlich allein um den Schutz bzw. die Erweiterung der amerikanischen Hegemonie im Nahen und Mittleren Osten und ums Öl. Wie aus dem Folgenden deutlich wird, verkennt diese zynische Sicht, die meist den Einfluss von religiösen und weltanschaulichen Prägungen führender Politiker insgesamt zu niedrig veranschlagt, die Bedeutung des Religionsfaktors auch im vorliegenden Fall. Ich ziehe es hingegen vor, Bush beim Wort zu nehmen, und gehe davon aus, dass die Politik des amerikanischen Präsidenten auf weltanschaulichen Grundlagen beruht, die man mit den traditionellen Mitteln der Textanalyse auf ihre Bestandteile hin untersuchen und gegebenenfalls mit Sachargumenten kritisieren kann.<sup>2</sup> Ich möchte hier diesen zweiten Weg nicht zuletzt auch deshalb gehen, weil Christen eine zynische Sicht der Welt eigentlich schlecht ansteht und es im christlichen Glauben ja gerade darum geht: den Nächsten aufgrund seiner Geschöpflichkeit ernst zu nehmen. Dabei bin ich mir allerdings dessen bewusst, dass sich eine religiöse Motivation und massive materielle Interessen nicht gegenseitig ausschließen.

Nun bedarf es nicht vieler Zitate, um die Behauptung zu belegen, dass George W. Bush sich in der Tat als christlichen Politiker versteht. Unerheblich ist dabei die mögliche Feststellung, dass dies für viele seiner Vorgänger, am augenfälligsten vielleicht für den Baptisten Jimmy Carter, auch gegolten hat.<sup>3</sup>

Vielmehr ist zu fragen, ob Bushs *spezifische* Religiosität erkennbar zu einem aktuellen weltpolitischen Problem, nämlich zum Ausbruch des Irakkrieges, beigetragen hat.

Um diese Frage zu beantworten, möchte ich in vier Schritten vorgehen: Ich möchte zunächst fragen, wie Bush sein eigenes Christentum versteht. In einem zweiten Schritt möchte ich offizielle Reden seit seinem Amtsantritt im Januar 2001 daraufhin untersuchen, welche Rolle Religion in ihnen spielt und welche Auswirkungen dies innen- wie außenpolitisch hat. Ich frage, drittens, danach, wie Bushs ausgeprägte Zivilreligion ideengeschichtlich zu verorten ist und ob sich hierfür biblische Grundlagen namhaft machen lassen und vergleiche abschließend Bushs ethische Maximen mit denen seiner Kirche.<sup>4</sup>

Ich beginne also zunächst damit, nach Bushs persönlichem Glauben zu fragen, wie er in Selbstaussagen zum Ausdruck kommt.<sup>5</sup> Dabei ist zunächst mit dem Missverständnis aufzuräumen, Bush sehe sich selbst als »wiedergeborenen Christen«. Bush hat sich selbst – wenn ich recht sehe – so nie bezeichnet. Vielmehr spiegelt sein religiöser Hintergrund den amerikanischen Pluralismus in Glaubensfragen wider: Sein Vater, der frühere Präsident, ist ein in religiösen Dingen eher zurückhaltender Episkopalist, die Mutter Presbyterianerin. Damit sind die beiden für die britische Kirchengeschichte der Neuzeit maßgeblichen protestantischen Traditionen in der Erziehung Bushs wirksam geworden, nämlich einerseits der Einfluss des Anglikanismus' amerikanischer Prägung, anderer-

2. Zur Einführung in die Rhetorik amerikanischer politischer Rede für deutsche Leser vgl. etwa P. Goetsch/G. Hurm (Hgg.), *The Fourth of July. Political Oratory and Literary Reactions, 1776–1876*, Tübingen 1992 (ScriptOra 45); P. Goetsch, *Presidential Rhetoric and Communication since F. D. Roosevelt. An Annotated Bibliography*, Tübingen 1993 (ScriptOra 55); ders./G. Hurm (Hgg.), *Die Rhetorik amerikanischer Präsidenten seit F. D. Roosevelt*, Tübingen 1993 (ScriptOra 54); dies. (Hgg.), *Important Speeches by American Presidents after 1945*, Heidelberg 1994 (anglistik & englischunterricht 54). Zum vorliegenden Problemkreis vgl. auch den informativen Aufsatz von G. Hurm, »Gott schütze Amerika!« George W. Bushs religiöse Rhetorik und ihr kulturgeschichtlicher Hintergrund, *Badische Zeitung*, 5. April 2003 (online: <http://www.badische-zeitung.de/>).
3. Vgl. dazu etwa U. Fischer/H. Vorländer, Zivilreligion und politisches Selbstverständnis. Religiöse Metaphorik in den Antrittsreden der Präsidenten Ford, Carter, Reagan und Bush, in: Goetsch/Hurm (Hgg.), *Die Rhetorik amerikanischer Präsidenten seit F. D. Roosevelt* (wie Anm. ), 217–231.
4. Die folgenden Auszüge aus Bushs Reden sind der website des Weißen Hauses entnommen (<http://www.whitehouse.gov>).
5. Für die biographischen Angaben beziehe ich mich teilweise auf H. Fineman, *Bush and God*, *Newsweek*, 10. März 2003, 14–21.

seits der Puritanismus, wie er sich – vom Genf Calvins herkommend – zuerst in Schottland etablierte und dann in seiner kongregationalistischen Variante über die Pilgerväter nach Amerika exportiert wurde. Schon von seiner Erziehung her wird man also bei Bush junior kein ausgeprägtes konfessionelles Bewusstsein erwarten dürfen. Es ist sicher nicht zu gewagt, den Methodismus, zu dem er sich selbst bekennt, als einen Kompromiss zwischen den von den Eltern herkommenden und historisch eigentlich gegensätzlichen religiösen Prägungen zu verstehen, entstand der Methodismus doch ursprünglich als eine Erweckungsbewegung im Schoße der Church of England, nahm dann aber durch die Betonung der Laienfrömmigkeit manche Züge des Puritanismus auf. Entscheidender Anstoß zur Wendung zum Methodismus dürfte allerdings Bushs Heirat mit seiner Frau Laura im Jahre 1977 gewesen sein, die sich zu dieser Konfession bekennt.

Heute stellt Bush sich selbst als eher traditionellen Methodisten dar. Dies wird schon aus seiner politischen Autobiographie *A Charge to Keep* deutlich, deren Titel einem Choral von Charles Wesley, einer der Gründerfiguren des Methodismus, entnommen ist.<sup>6</sup> Dieses Buch enthält eine Passage über Bushs religiöse Entwicklung, die sein Autor während des Wahlkampfes über das Internet und andere Medien hat verbreiten lassen.<sup>7</sup> Danach führt Bush die entscheidende religiöse Wendung in seinem Leben auf den baptistischen evangelikalen Prediger Billy Graham zurück, der die Familie an einem Sommerwochenende im Jahr 1985 auf ihrem Sommersitz in Kennebunkport/Maine besucht hatte. Bush beschreibt diese Wende nicht als eine Wiedergeburt, sondern als den Beginn eines Wachstumsprozesses. Insofern wird man den Einfluss Grahams auch nicht überschätzen dürfen – gewisse baptistische Einflüsse sind aber bei ihm durchaus zu beob-

achten, wie noch zu zeigen sein wird. In seinem Selbstzeugnis in *A Charge to Keep* erwähnt Bush allerdings nicht die biographischen Umstände, die seine erneute Zuwendung zum Christentum (mit-) ausgelöst haben dürften, nämlich einerseits den Kollaps seiner geschäftlichen Interessen im Jahr zuvor (Bush engagierte sich im Ölgeschäft), andererseits sein Alkoholproblem, das er im Laufe des Jahres 1986 überwand.

Als Folge der Predigten Grahams schloss Bush sich einer Bibelgruppe in seinem damaligen Wohnort in Midland/Texas an, in der er die Apostelgeschichte und anschließend das Lukasevangelium erstmals intensiv studierte. In seiner Heimatgemeinde, der First United Methodist Church of Midland<sup>8</sup>, lernte er auch eine Art von Lösungsbuch kennen, das für jeden Tag des Jahres biblische Lesungen enthielt. Bush behauptet, er lese diese Bibel jedes zweite Jahr; in den dazwischen liegenden Jahren studiere er einzelne biblische Abschnitte im Zusammenhang. Presseberichte betonen immer wieder, Bush nehme das tägliche Studium der Bibel und erbaulicher Literatur vor Beginn seines Arbeitstages sehr ernst. Als er im Dezember 1999 bei einer Veranstaltung seiner Partei in Des Moines gefragt wurde, mit welchem politischen Philosophen und Denker er sich identifiziere, antwortete er: »Mit Christus, weil er mein Herz geändert hat.«<sup>9</sup> Auf Nachfrage fügte Bush hinzu: »Wenn man sein Herz und sein Leben Christus anvertraut, wenn man Christus als den Heiland annimmt, ändert das dein Herz. Es ändert dein Leben. Und dies ist mir widerfahren.«<sup>10</sup>

Bush betont gleichzeitig auch die Bedeutung des Gebetes und des Glaubens allgemein. Das Festhalten an einem persönlichen Glauben auch in der Ausübung seines Amtes charakterisiert das Politikverständnis des amerikanischen Präsidenten in besonderem Maße. Immer wieder hat er in Reden

6. G. W. Bush, *A Charge to Keep*, New York 1999.

7. Ich beziehe mich im folgenden auf die Fassung in: »Christian Activities Online«, <http://www.christianactivities.com/testimonies/story.asp?ID=969>.

8. Vgl. <http://www.fumcmidland.org/>.

9. »Christ, because he changed my heart.«

10. »When you turn your heart and your life over to Christ, when you accept Christ as the savior, it changes your heart. It changes your life. And that's what happened to me.« Vgl. *St. Buttry*, *Des Moines Register: Candidates Focus on Christian Beliefs*, 15. 12. 1999 (<http://www.cnn.com/1999/ALLPOLITICS/stories/12/15/religion.register/>).

hervorgehoben, wie wichtig der Glaube für sein Leben sei.<sup>11</sup> Dabei kann er »Glaube« durchaus auch inklusiv verstehen. Bush hat immer unterstrichen, man müsse den Glauben anderer respektieren. Amerikas Größe verdanke sich seiner religiösen Freizügigkeit. In *A Charge to Keep* erwähnt er ein zweites Schlüsselerlebnis, einen Jerusalembesuch im Jahre 1998 gemeinsam mit vier weiteren Gouverneuren, einem Methodisten, zwei Katholiken und einem Mormonen, sowie jüdischen Freunden. Bei diesem Besuch habe ein Teilnehmer der Delegation, überwältigt von den starken Eindrücken der Reise, spontan einen methodistischen Choral zitiert, der die gemeinsame Gottesverehrung von Juden und Christen für die nahe Zukunft ankündigt.<sup>12</sup> Dahinter steht die Überzeugung, dass Gläubige, gleichgültig welchen religiösen Bekenntnisses, sich Gott gegenüber in einer Weise verpflichtet fühlen, die ihrem Verhalten in der Welt zugute kommt. In einem Interview im September 2000 antwortete Bush auf die Frage, wie er sich die Beziehungen einer künftigen Administration unter seiner Führung zu gläubigen Menschen vorstelle:

»Oh, ich denke, es ist leicht für jemanden, eine gute Beziehung zu jemandem mit einem ernsthaften Glauben zu haben, wenn man selbst ein echter Gläubiger ist, weil es ein gemeinsames Interesse, ein gegenseitiges Verstehen gibt. Da ist kein Sprachhindernis. Menschen können reden ... und Menschen können auch eine gegenseitige Verbindung spüren. Ich achte auf folgendes: Ich achte darauf, den Menschen zu sagen, dass ich – wenn man mich nach meiner Religion

fragt – darauf achte, mit meinen Worten ernst zu machen. Das ist das Beste, was ich als Präsident tun kann. Und wenn man mit den Worten ernst macht, dann werden gläubige Menschen sich dir gleich anschließen. Und das ist die Wahrheit. Und wenn man mit den Worten ernst macht, können die Menschen hinschauen und sagen: Ich stimme vielleicht nicht dem Mann zu, aber ich stimme ihm darin zu, dass er ein Beispiel setzt. Ich glaube, es gibt eine Verbindung zwischen deinem privaten und deinem öffentlichen Leben. Und ich verstehe das.«<sup>13</sup>

Darüber hinaus seien wesentliche politische Errungenschaften der amerikanischen Geschichte auf Menschen mit Glaubensüberzeugungen zurückzuführen. Bush hat in diesem Zusammenhang die Abschaffung der Sklaverei und die Bürgerrechtsbewegung Martin Luther Kings genannt. Glaube begründe Mitgefühl für die Nöte des Nächsten und damit die Sorge um das Gemeinwesen. Ihm entspränge Respekt vor dem Anderen aus der Erkenntnis von dessen Gottebenbildlichkeit. Der Glaube ermögliche damit die Pluralität, die für die Stabilität der Demokratie wesentlich sei.<sup>14</sup>

Seinen Worten zufolge glaubt Bush an einen göttlichen Plan, der ihn bei seinen Handlungen trägt und leitet, und hat diese Überzeugung in seiner letzten Rede zur Lage der Nation, der sog. »State of the Union«, am 28. Januar 2003 nachdrücklich bekräftigt.<sup>15</sup> Heute besucht er regelmäßig die Highland Park United Methodist Church in Dallas/Texas. Auf eine Predigt von deren Pfarrer Mark Craig, der damals noch in Austin wirkte<sup>16</sup>,

11. Vgl. etwa seine Ansprachen beim »National Prayer Breakfast« am 1. Februar 2001 und am 7. Februar 2002.

12. Das Zitat des Chorals ist ungenau; es dürfte sich um »And is the Time Approaching?« von J. L. Borthwick handeln; vgl. <http://www.cyberhymnal.org/htm/a/i/aittappr.htm>.

13. »Oh, I think it's easy for somebody to have a good relationship with somebody of serious faith, if you're a true believer, because there's a common interest, a common understanding. There's no language barrier. People can talk ... and people also can feel a bond. Here's what I am mindful of. I'm mindful of telling people that when asked about my religion that I'm mindful of walking that walk. That's the best thing I can do as president. And when you walk the walk, people are going to be able to look and say, I may not agree with the man, but I agree with the example he sets. I believe there's a connection between your private life and your public life. And I understand that.« Vgl. T. Stames, Bush shares personal testimony; outlines faith and family issues, Baptist Press, 13. September 2000 (<http://www.bpnews.net/bpnews.asp?Id=6494>).

14. Vgl. etwa seine Ansprache beim »National Prayer Breakfast« am 1. Februar 2001.

15. »We Americans have faith in ourselves, but not in ourselves alone. We do not know – we do not claim to know all the ways of Providence, yet we can trust in them, placing our confidence in the loving God behind all of life, and all of history.«

16. An der dortigen Tarrytown United Methodist Church.

führt er seinen Entschluss zurück, sich als Präsidentschaftskandidaten aufstellen zu lassen.

Auch wenn der hier skizzierte Methodismus Bushs einen traditionellen Anstrich hat, unterscheidet er sich von den Positionen seiner Kirche deutlich durch abweichende Positionen in Fragen praktischer Ethik. Dies gilt insbesondere für die Todesstrafe, die von der United Methodist Church abgelehnt wird, aber auch im Hinblick auf Waffenbesitz, Abtreibung und andere Themen. Häufig vergleicht man Bushs Haltung in diesen Punkten mit denen der deutlich konservativeren Southern Baptists.<sup>17</sup> Die Beziehung zu den Baptisten ist sicher nicht zufällig, bilden diese doch die zweitgrößte christliche Konfession in den USA nach den Katholiken und sind vor allem in Bushs Heimatstaat Texas tonangebend. Gerade die Baptisten gehören derzeit auch zu den nachdrücklichsten Befürwortern der Regierungspolitik.<sup>18</sup>

Nicht deutlich erkennbar ist, ob Bushs Identifikation von zeitgeschichtlichen Personen wie Osama bin Laden oder Saddam Hussein mit dem »Bösen« oder die Rede von der »Achse des Bösen« einen betont apokalyptischen Hintergrund hat, wie immer wieder behauptet wird, auch wenn das englische Wort *evil* selbst natürlich unmittelbar religiöse Konnotationen hervorruft. Die von mir eingesehenen Reden und Stellungnahmen Bushs lassen den Schluss, Bush sehe die Gegenwart in endzeitlichem Licht, nicht ohne weiteres zu. Der Methodismus als solcher hatte von jeher ein ausgeprägtes eschatologisches Bewusstsein, das sich aber nicht notwendig in konkreten Handlungen oder einer chiliastischen Endzeiterwartung äußert. Die üblicherweise für Bushs Ansichten in diesem Punkt angeführten Belege sind äußerst spärlich und in der Formulierung durchaus nicht eindeutig. Allerdings vermag

er damit Evangelikalen mit chiliastischer Ausrichtung, wie sie gerade im Süden der USA zahlreich sind, die unterschwellige Botschaft vermitteln, er sei einer der Ihren.<sup>19</sup>

Man könnte die These vertreten, dass der spezifische Charakter von Bushs Politik teilweise auf seinen eigenen Erfahrungen mit dem christlichen Glauben zur Überwindung persönlicher Niederlagen beruht. So wie er selbst seinen geschäftlichen und gesundheitlichen Zusammenbruch mit Hilfe der Bibel überwand, so kann man die Vereinigten Staaten mit Hilfe des Glaubens aus der Krise führen. Bereits in *A Charge to Keep* betonte Bush, die Regierung müsse die aktive Beteiligung von Menschen unterstützen, die einem religiösen Gebot folgten und die Nächstenliebe durch Sozialprogramme in die Praxis umzusetzen suchten. Gleichzeitig formulierte er hier auch den Führungsanspruch der Vereinigten Staaten, der auf die Schaffung von Frieden, Freiheit und Hoffnung ausgerichtet sei. Bushs *compassionate conservatism*, wie er sein Regierungsprogramm nannte, hat somit eine innen- und eine außenpolitische Dimension.

Die innenpolitische Dimension kann ich hier nur andeuten: Bush hat seit seinem Amtsantritt konsequent versucht, den Beitrag von Glaubensgemeinschaften zur öffentlichen Wohlfahrt zu stärken. Diesem Ziel diene die Schaffung der *Faith-Based Welfare Initiative*, der »glaubensgestützten Wohlfahrtsinitiative«. In einem Land, in dem staatliche Sozialsysteme unterentwickelt sind, soll damit die Bedeutung der privaten und kirchlichen Wohlfahrtsorganisationen gefördert werden. Während also in Deutschland von vielen Seiten der Abbau von Subventionen an diakonische Einrichtungen der Kirchen gefordert wird, ist der Trend in den USA ge-

17. Vgl. etwa J. Purdue in einem vom United Methodist News Service verbreiteten Artikel anlässlich der Wahl Bushs zum Präsidenten vom 14. Dezember 2000, <http://umns.umc.org/00/dec/570.htm>.

18. Vgl. etwa <http://www.sbc.net/>. Die Thesen des Präsidenten der Kommission für Ethik und Religionsfreiheit der Southern Baptist Convention sind z. B. nachzulesen in *chrismon* 04/2003, 24–27.

19. Ähnlich uneindeutig ist auch der Begriff *crusade*, den Bush gelegentlich benutzt hat, um damit seine Kampagne gegen den Terrorismus oder den Irak zu charakterisieren (vgl. z. B. die Bemerkungen zur Presse vor dem Weißen Haus am 16. November 2001; die Rede vor Truppen in Alaska am 16. Februar 2002; zur Kritik vgl. auch die Pressekonferenzen des Sprechers des Weißen Hauses, A. Fleischer, vom 30. November 2001 und vom 1. August 2002 sowie das Pressegespräch von Außenminister C. Powell vom 26. Oktober 2002). Er bringt in erster Linie die Entschlossenheit der Bush-Administration im Kampf gegen die Feinde der USA zum Ausdruck, ist dabei aber ebenfalls nicht frei von religiösen Untertönen.

nau umgekehrt. Zur Unterstützung dieser Maßnahmen diente die Schaffung eines im Weißen Haus angesiedelten »Amtes für glaubensgestützte und kommunitäre Initiativen« (*Office of Faith-Based and Community Initiatives*) im Februar 2001. Die Behörde versteht sich als nichtkonfessionell. Initiativen kirchlicher oder religiöser Gruppierungen, die mit Mission verbunden sind, werden staatlicherseits nicht unterstützt. Wohl aber wird der Beitrag der kirchlichen und sonstigen religiösen Träger für das Gemeinwohl ausdrücklich gefördert.

Im gegenwärtigen Zusammenhang ist der außenpolitische Führungsanspruch der Bush-Administration, wie er sich bereits in *A Charge to Keep* abzeichnete, wichtiger. Eine zentrale ideologische Triebkraft, die auch für den Irakkrieg von erheblicher Bedeutung sein dürfte, ist dabei das Sendungsbewusstsein Bushs, das sich auf die Verbreitung der Freiheit nach amerikanischem Verständnis in der Welt richtet. Dieses Sendungsbewusstsein ist kein Produkt des 11. Septembers, sondern hat Bushs Außenpolitik bereits davor bestimmt. Dies wird etwa deutlich aus einer Rede vor Studenten an der Universität Warschau am 15. Juni 2001. Die Einheit zwischen Europa und Amerika, so führte der Präsident hier aus, sei eine Wertegemeinschaft, die auf dem Freiheitsideal basiere. Bush spricht geradezu von einer »Freiheitsallianz« (*alliance of liberty*). Nur Freiheit schütze die Würde des Einzelnen und garantiere den Bürgern maximale Entfaltungsmöglichkeiten, die wiederum dem Staat zugute kämen. Freiheit wird verstanden als soziale Freiheit, reguliert durch »moralische Beschränkung« (*moral restraint*), und als ökonomische Freiheit, austariert durch »menschliche Werte« (*human values*). Dieses Freiheitsideal habe letztlich

den Kommunismus zu Fall gebracht. Insofern die Freiheit über die materiellen Bedürfnisse des Menschen hinausweise, sei sie ein Feind jeder Form von Materialismus. Das Ideal äußere sich praktisch in Rücksichtnahme und Respekt, Barmherzigkeit und Vergebung. Es leite sich letztlich von Gott her und habe die gemeinsame europäisch-amerikanische Geschichte geprägt.

Ziel müsse eine Welt sein, die mit Freiheit handle, in der Wohlstand allen zugänglich sei durch die Macht der Märkte, in der der freie Handel den Prozess ökonomischer und rechtlicher Reformen beschleunige, in der durch Zusammenarbeit Wohlstand gefördert, die Umwelt geschützt und die Lebensqualität für alle befördert werde.<sup>20</sup>

Die europäisch-amerikanische Wertegemeinschaft verpflichte uns, diese Werte auch denen zugute kommen zu lassen, die in der Welt davon abgeschnitten sind: Genannt werden ausdrücklich Afrika und in diesem Zusammenhang der Waffenhandel, der Kampf gegen AIDS und die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents; genannt wird aber auch hier bereits der Kampf gegen Regime, die Instabilität befördern, die mit Massenvernichtungswaffen aufrüsten und unvorhersehbar agieren.

Die metaphysische Begründung des so verstandenen Freiheitsbegriffs findet sich auch in der letzten Rede zur Lage der Nation am 28. Januar 2003 an prominenter Stelle fast am Schluss:

»Die Amerikaner sind ein freies Volk, die wissen, dass Freiheit das Recht jedes Menschen und die Zukunft jeder Nation ist. Die Freiheit, die wir hochschätzen, ist nicht Amerikas Geschenk an die Welt, sondern Gottes Geschenk an die Menschheit.«<sup>21</sup>

20. Ähnlich auch in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. Mai 2002, bei der er gar Bonhoeffer zitierte: »Our histories have diverged, yet we seek to live by the same ideals. We believe in free markets, tempered by compassion. We believe in open societies that reflect unchanging truths. We believe in the value and dignity of every life. These convictions bind our civilization together and set our enemies against us. These convictions are universally true and right. And they define our nations and our partnership in a unique way. And these beliefs lead us to fight tyranny and evil, as others have done before us. One of the greatest Germans of the 20th century was Pastor Dietrich Bonhoeffer – who left the security of America to stand against Nazi rule. In a dark hour, he gave witness to the Gospel of life, and paid the cost of his discipleship, being put to death only days before his camp was liberated. I believe,« said Bonhoeffer, »that God can and wants to create good out of everything, even evil.«

21. »Americans are a free people, who know that freedom is the right of every person and the future of every nation. The liberty we prize is not America's gift to the world, it is God's gift to humanity.«

Da Bush so stark auf das Freiheitsideal der Amerikaner abhebt, wird ein Angriff auf Amerika im Umkehrschluss als Angriff auf die Freiheit gesehen. So äußerte sich der Präsident am 2. Juli 2002 in der Holy Redeemer Institutional Church of God in Christ in Milwaukee/Wisconsin im Zusammenhang der bereits angesprochenen *Faith-Based Welfare Initiative* folgendermaßen:

»Es gibt Menschen, die unsere Freiheiten hasen, die den Gedanken wirklich nicht ertragen können, dass Menschen freizügig Gottesdienst feiern oder ihre Meinung äußern können oder in der Lage sind, ihre Träume zu verwirklichen, unabhängig davon, wer sie sind. Sie mögen das nicht, und wollen daher Amerika erneut treffen.«<sup>22</sup>

Bush versprach in diesem Zusammenhang, die Feinde Amerikas zur Rechenschaft zu ziehen und stellte fest: »Diese Nation verlangt nach Gerechtigkeit, weil wir die Freiheit lieben.«<sup>23</sup> Er betonte, es sei Aufgabe der Amerikaner, die universellen menschlichen Werte zu sichern und dort Frieden zu schaffen, wo

man derzeit noch nicht einmal vom Frieden träumen könne.<sup>24</sup>

Die Vorstellung, es sei Aufgabe der USA, die Freiheit weltweit zu sichern, weil diese Freiheit sich letztlich von Gott herleite, liegt ganz eindeutig auch der derzeitigen Antiterror- und Irakkpolitik zugrunde. Bush nahm sie sogar ausdrücklich in seine Osterbotschaft 2002 auf: Das Osterfest habe nach dem 11. September 2001 eine besondere Bedeutung angenommen. Es gehe nun darum, die Freiheit auf der Welt zu verteidigen und unschuldige Leben in Amerika zu schützen.<sup>25</sup> In diesem Zusammenhang zitierte er die sogenannte »Schlachthymne der Republik« von Julia Ward Howe aus dem amerikanischen Bürgerkrieg: »As He died to make men holy, let us live to make men free.«<sup>26</sup> In seiner Kriegserklärung an den Irak stellte er am 19. März 2003 abschließend fest:

»Wir werden unsere Freiheit verteidigen. Wir werden anderen Freiheit bringen und wir werden obsiegen.«<sup>27</sup>

Die Geschlossenheit und Folgerichtigkeit des

22. »There are people that hate our freedoms, that really can't stand the thought that people are able to worship freely or speak their mind freely, or be able to realize their dreams regardless of who they are. They don't like that, and therefore they want to strike out at America again.«
23. »This nation seeks justice because we love freedom.«
24. Vgl. auch die Rede bei der National Religious Broadcasters' Convention am 10. Februar 2003.
25. Ähnlich in der »Passover Message« vom 17. April 2003: »During this time of great consequence, we resolve to bring about a rebirth of freedom and promise in troubled regions around the world.«
26. Interessanterweise wird allerdings hier nicht die ursprüngliche Version zitiert, die lautet: »As he died to make men holy, let us die to make men free, While God is marching on«. Vgl. dazu [http://womenshistory.about.com/library/etext/bl\\_howe\\_battle\\_hymn3.htm](http://womenshistory.about.com/library/etext/bl_howe_battle_hymn3.htm).
27. »We will defend our freedom. We will bring freedom to others and we will prevail.« Vgl. auch die Rede vor Mitarbeitern der militärischen Abteilung des Flugzeugbauers Boeing in St. Louis/Missouri, am 16. April 2003, am Ende des Irakkrieges: »In Iraq, the world is witnessing something dramatic, and something important. We're seeing the deep and universal desire of men and women to live in freedom. As Americans, this shouldn't surprise us. We believe that no force, no threat, can make human beings love tyranny. We believe that the appeal of liberty will, in time, overcome any coercive power on Earth. We believe that people across the Middle East and across the world are weary of poverty, weary of oppression, and yearn to be free. And all who know that hope, all who will work and sacrifice for freedom, have a friend in the United States of America. Our country and our good allies are united by a great goal: We're working to create the conditions for peace. We're confronting the threats to peace from terrorism and weapons of mass destruction. And we're aiding the advance of peace by seeking the advance of freedom. Free societies do not nurture bitterness, or the ideologies of terror and murder. Free societies are founded on the belief that every life has equal value. Free societies turn the creative gifts of men and women towards progress and the betterment of their own lives. American interests and American founding beliefs lead in the same direction: We stand for human liberty.« – Nach der Rückkehr von amerikanischen Kriegsgefangenen auf den Militärstützpunkt Fort Hood in Texas am 20. April 2003, wo zwei von ihnen mit Präsident Bush und seiner Frau einen Ostergottesdienst besuchten, sagte der Präsident in einer Pressekonferenz: »Freedom is beautiful, and when people are free, they express their opinions. You know, they [sc. die Iraker, W. K.] couldn't express their opinions before we came, now they can.

religiösen Weltbildes des US-Präsidenten berechtigen zu der Vermutung, dass der Irakkrieg nicht der letzte Konflikt im Nahen und Mittleren Osten gewesen ist, in dem sich die derzeitige amerikanische Regierung engagiert, um ihre Auffassung von Demokratie und Freiheit durchzusetzen. Die jüngsten Äußerungen der US-Administration zu Syrien scheinen dies zu bestätigen.

Ich halte dieses Weltbild indessen in dreifacher Hinsicht für problematisch:

1. Die Annahme, die europäisch-amerikanische Wertegemeinschaft beruhe auf einem gemeinsamen Freiheitsbegriff, dürfte historisch nicht korrekt sein, da die Bedeutung der Freiheit für die Geschichte Europas insgesamt bei weitem überschätzt wird.<sup>28</sup> Freiheit wird von Bush in erster Linie politisch verstanden, und zwar als Ermöglichungsraum, den der Staat gewährleistet, damit der Einzelne sich darin verwirklichen kann. Die Selbstverwirklichung des Einzelnen wird durch den christlichen Glauben sozial abgefedert, so dass sie nicht zu einer reinen Ellenbogengesellschaft degeneriert. Dieser Freiheitsbegriff, verstanden als Gewissens- wie als Handlungsfreiheit, verdankt sich einer langen Tradition des amerikanischen Verfassungspatriotismus und geht u.a. einerseits zurück auf die Philosophie John Lockes, der die bürgerliche Freiheit innerhalb eines Staates als Regulierung des Lebens- und Gestaltungsraums der Bürger durch eine allen gemeinsame Gesetzgebung verstand. Andererseits steht dahinter auch die historische Erfahrung der Unterdrückung von religiösem Nonkonformismus. Abweichler von der anglikanischen Staatsreligion waren im England des ausgehenden 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts massiv drangsalieren worden, was zu Auswande-

rungsbewegungen in die Neue Welt, angefangen bei den Pilgrim Fathers, führen sollte. Der erste Verfassungszusatz (*First Amendment*) innerhalb der *Bill of Rights* von 1791 verdankt seine Entstehung diesem Verlangen nach Religionsfreiheit, wobei der Begriff aber nicht primär als Freiheit von der Religion – etwa im Sinne einer Trennung von Staat und Kirche –, sondern als Freiheit zur Ausübung von Religion zu verstehen ist, weshalb man auch die amerikanische Verfassung in diesem Punkt besser als überreligiös oder religionsinklusiv statt als laizistisch verstehen sollte.<sup>29</sup>

Die spezifisch angelsächsische Prägung des Freiheitsbegriffs mit der dahinterstehenden Annahme eines universell gültigen, rational einsichtigen Naturgesetzes unterscheidet sich weithin von der Entwicklung im übrigen Europa. In der französischen Revolution wurde der Freiheitsbegriff viel stärker durch den Gleichheitsgedanken reguliert, wie dies in dem Schlachtruf »liberté – égalité – fraternité« zum Ausdruck kommt. Der Gleichheitsgedanke kann aber wegen seiner starken egalitären Untertöne vom eher paternalistisch konzipierten *compassionate conservatism* eines George Bush und der dahinter stehenden Tradition so nicht rezipiert werden; an seine Stelle werden moralische Werte bürgerlicher Wohlanständigkeit gesetzt wie *compassion*, *decency* und *generosity*. In Deutschland konnte der politische Freiheitsbegriff durch die fehlgeschlagene Revolution von 1848 nie in diesem Maße bewusstseinsprägend werden wie in den angelsächsischen Ländern und in Frankreich. In den katholisch dominierten Territorien, aber auch in den Ländern Südost- und Osteuropas, die unter dem Einfluss der Orthodoxie standen und in diesem Maße nicht

I've always said democracy is going to be hard. It's not easy to go from being enslaved to being free. But it's going to happen, because the basic instincts of mankind is to be free. They want to be free.«

28. Vgl. zum Folgenden v.a. W. Warnach/O. H. Pesch/R. Spaemann, Art. Freiheit, in: HWP, Bd. II, 1972, Sp. 1064–1098; W. Conze u. a., Art. Freiheit, in: GG, Bd. II, 1975, 425–542; R. Mehl, Art. Freiheit, V. Ethisch, in: TRE, Bd. XI, 1983, 511–533; A. Schwan, Art. Freiheit, VI. Freiheit in der Sicht politischer Philosophie, in: ebenda, 533–549; M. Th. Greven, Art. Freiheit, in: D. Nohlen (Hg.), Lexikon der Politik, Bd. I: Politische Theorien, hg. v. D. Nohlen und R.-O. Schultze, München 1995, 116–119.
29. »Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof; or abridging the freedom of speech, or of the press; or the right of the people peaceably to assemble, and to petition the Government for a redress of grievances.« Die Diskussion, die zu diesem Verfassungszusatz führt, wird übersichtlich aufgelistet in: [http://press-pubs.uchicago.edu/founders/tocs/amend1\\_religion.html](http://press-pubs.uchicago.edu/founders/tocs/amend1_religion.html).



durch die Aufklärung hindurchgegangen sind, wird man überhaupt nicht mit einer der abendländischen Entwicklung vergleichbaren Dominanz des Freiheitsgedankens rechnen dürfen.

Diese Feststellung ist durchaus keine historische Marginalie. Denn unterschiedliche Geschichtsdeutungen sind – so will mir scheinen – mindestens ein Element in der derzeitigen Verstimmung zwischen den USA, Großbritannien und Spanien einerseits und Frankreich, Deutschland und Russland andererseits. Die letzteren Staaten vermögen schon aus ihren intellektuellen Traditionen heraus den missionarischen Drang der Amerikaner nicht zu begreifen, wie es umgekehrt den derzeit tonangebenden Kreisen in den USA schwer fällt zu verstehen, dass ihre progressiv angelegte Sicht der abendländischen Geschichte und die sich daraus ergebenden Konsequenzen von einem großen Teil der Europäer nicht geteilt wird.

2. Es dürfte Bush auch nicht möglich sein, sein Freiheitsverständnis, das er als von Gott gegeben bezeichnet, ohne weiteres biblisch zu begründen.<sup>30</sup> Die Evangelien, die nicht-paulinischen Briefe sowie die Johannesoffenbarung halten sich in der Verwendung des Begriffs *eleutheria* und seiner Derivate auffällig zurück. Die Freiheit wird im Neuen Testament in erster Linie von Paulus thematisiert. Aber auch bei Paulus spielt sie keine zentrale Rolle. Freiheit ist ihm vor allem die in Christus realisierte Freiheit vom Gesetz (1 Kor 10,29; Gal 3,13) und der Sünde (Röm 6,18.22; 8,2), aus der sich die Freiheit der Glieder des Leibes Christi ergibt. Dies hat insofern praktische Konsequenzen, als innerhalb der Gemeinde auch Sklaven gleichberechtigt sind. Doch werden daraus für den Alltag in der Welt keine Forderungen abgeleitet, was sich durch die Naherwartung des Apostels erklären dürfte. Schon gar nicht handelt es sich um unmittelbar politische Freiheit in dem von Bush gemeinten Sinn, wie sich auch daran erkennen lässt, dass weder Paulus noch die Alte Kirche in ihrer

Mehrheit die Abschaffung der Sklaverei gefordert hätten.<sup>31</sup>

Mit dem politischen Freiheitsbegriff, der seine eigentliche Karriere bekanntlich erst mit der Aufklärung erlebte, hat sich das Christentum insgesamt erstaunlich schwer getan. Die Forderung nach Religionsfreiheit, die im kulturellen Gedächtnis der USA eine so prominente Rolle spielt, verdankt sich nicht in erster Linie biblischen Quellen, sondern – wie erwähnt – der Situation religiöser Unterdrückung vor allem in England. Diese Forderung kann sich aber immerhin auf das Zeugnis der Märtyrerkirche in dem Sinne berufen, dass die frühe Christenheit Freiheit für die eigene Religionsausübung forderte (woraus aber keineswegs ein allgemeiner Toleranzgedanke in Religionsdingen abgeleitet wurde).

3. Doch selbst wenn sich der von Bush vertretene Freiheitsbegriff biblisch ableiten ließe, gäbe es keine biblische Rechtfertigung, ihn zu exportieren – schon gar nicht mit militärischen Mitteln. Mission bedeutet im Neuen Testament und in der Alten Kirche eindeutig Bekehrung zu Jesus Christus und nicht den Export zivilisatorischer Errungenschaften in andere Länder. Der biblische Missionsauftrag von Mt 28,19 f. ist in keiner Weise politisch zu verstehen und kann daher auch kein Vorgehen eines Staates gegen einen anderen legitimieren. Die Verknüpfung von Mission und deren politischer Ermöglichung durch einen sich christlich verstehenden Staat gehört zur Last des Erbes der Konstantinischen Wende. Erst als christliche Theologen wie Eusebius von Caesarea die Durchsetzung der christlichen Religion durch die christlich gewordene Obrigkeit begrüßten, kam es zu jenem Zusammenwirken von geistlicher und weltlicher Macht, das in den Kreuzzügen seinen unseligen Höhepunkt fand.

Schließlich und nicht zuletzt: Bush steht mit seiner Irakpolitik in eklatantem Widerspruch zu den Grundsätzen seiner eigenen Kirche.<sup>32</sup> Nicht nur gibt es einschlägige Stel-

30. Vgl. zum Folgenden v. a. D. Nestle, Art. Freiheit, in: RAC, Bd. VIII, 1972, Sp. 269–306, 280–295; H.-W. Bartsch, Art. Freiheit, I. Altes Testament und IV. Freiheit und Befreiung im Neuen Testament, in: TRE, Bd. XI, 1983, 497 f. bzw. 506–511.

31. Bestes Beispiel hierfür ist bekanntlich der Philemonbrief.

32. Zum folgenden vgl. <http://infoserv.umc.org/faq/warinq.htm>. Sammlung von links mit Stellungnahmen von Kirchen: <http://www.nccusa.org/iraq/iraqstatements.html> (National Council of

lungnahmen führender Laien und Bischöfe der United Methodist Church, die den Krieg als mit christlichen Grundsätzen unvereinbar wiederholt verurteilt haben.<sup>33</sup> Darüber hinaus ist mindestens in folgenden Punkten ein Verstoß gegen die Kirchenordnung und die Beschlüsse der methodistischen Kirche, wie sie in deren »2000 Book of Discipline« und »2000 Book of Resolutions« niedergelegt sind, festzustellen:

Die Kirche hat bereits bei ihrer letzten Generalversammlung im Jahre 2000 den Präsidenten offiziell dazu aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Sanktionen gegen den Irak aufgehoben werden, da diese zu einer humanitären Krise geführt hätten und deren Fortführung gleichbedeutend mit einem Krieg gegen die Zivilbevölkerung sei (Book of Resolutions § 276 i. V. mit Book of Discipline § 165A, B und D). Der US-Präsident ist dieser Resolution nicht nur nicht gefolgt, sondern hat die Politik gegenüber dem Irak sogar noch verschärft.

Ebenso lehnt sie jegliche Einmischung eines Staates in die Belange eines anderen Staates ab; zwischenstaatliche Konflikte seien durch die Vereinten Nationen zu lösen (Book of Resolutions § 277 i. V. mit Book of Discipline § 165 B und D). Präsident Bush hat sich ganz ohne Zweifel in die inneren Angelegenheiten des Irak eingemischt; die Legitimation des Krieges durch Resolution 1441 der Vereinten Nationen ist mindestens strittig.

Schließlich gälten für militärische Auseinandersetzungen, so sie denn unvermeidlich seien, die Grundsätze der historischen Lehre vom gerechten Krieg, § 306 im Book of Resolutions (i. V. mit Book of Discipline § 165D) nennt als Kriterien für einen gerechten Krieg: (1) Prinzip der Proportionalität, d. h. die aus einem Krieg resultierenden Übel dürfen nicht größer sein als der Nutzen, (2) legitime Autorität, d. h. eine Kriegserklärung durch die zuständige Obrigkeit, (3) Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten (Prinzip der Diskrimination), (4) einen gerechten Grund und (5) die Aussicht auf Erfolg.<sup>34</sup> Bush selbst hat für den

Feldzug gegen den Irak auf die Lehre vom gerechten Krieg nicht zurückgegriffen. Wohl hat der Präsident nach dem 11. September stets betont, beim Kampf gegen den Terrorismus und später gegen den Irak handle es sich um eine »gerechte Sache« (*just cause*), damit wäre, falls richtig, aber nur eine der klassischen Bedingungen für einen »gerechten Krieg« erfüllt. Schon durch die Tatsache, dass keine der klassischen Kriegstheorien durch die Administration in Anspruch genommen wird, ist der Irakkrieg vom Standpunkt christlicher Ethik in jedem Falle hochproblematisch, unabhängig von der letztlich nur von Juristen zu klärenden Frage, ob hier Völkerrecht gebrochen wurde oder nicht. Doch auch ohne Berufung auf die Theorie vom gerechten Krieg muss sich seine Politik an den ethischen Grundsätzen seiner Kirche messen lassen. Dabei dürfte der Präsident gegen zwei, möglicherweise aber gegen vier der fünf genannten Kriterien verstoßen haben:

Es war zu Kriegsbeginn nicht abschbar, dass der durch den Krieg herbeigeführte Nutzen größer sein werde als die durch den Krieg verursachten Übel. Dies betrifft v. a. die Frage des Kampfes gegen den Terrorismus sowie die Beseitigung des Regimes von Saddam Hussein wegen des Besitzes von Massenvernichtungswaffen. Eine Verbindung zwischen dem irakischen Regime und den Terroristen von Al-Kaida wurde nicht klar belegt. Schlüssige Beweise dafür, dass Saddam Hussein im Besitz von Massenvernichtungswaffen gewesen ist, lagen zu Kriegsbeginn nicht vor. Wenn die US-Administration über entsprechende Beweise verfügte, sie aber nicht publik machte, so verhinderte sie damit eine ethische Bewertung von Seiten der Kirchen, *obwohl* sich der höchste Repräsentant des Staates ausdrücklich auch auf christliche Prinzipien beruft.

Damit entfällt auch der gerechte Grund. Selbstverteidigung könnte nur dann geltend gemacht werden, wenn der US-Präsident glaubhaft gemacht hätte, dass von Saddam Hussein eine Gefahr für die Vereinigten Staaten ausging. Dies war aber nicht der Fall.

Churches der USA); <http://www.wcc-coe.org/wcc/what/international/iraq.html> (Ökumenischer Rat der Kirchen).

33. Vgl. dazu im einzelnen die Dokumente in <http://infoserv.umc.org/faq/wariniraq.htm>. Ferner auch [http://gbgm-umc.org/global\\_news/fullarticle.cfm?articleid=1405](http://gbgm-umc.org/global_news/fullarticle.cfm?articleid=1405).

34. Es fehlt das Kriterium der *ultima ratio*. Doch ergibt sich dieses aus dem Kontext des Paragraphen.

Angesichts der Erfahrungen in vorangegangenen militärischen Konflikten stand man bereits vor Beginn des Krieges zu befürchten, dass die einzusetzenden Waffen trotz ihrer hohen Präzision das Prinzip der Diskrimination verletzen würden, da sie zu hohen Opfern unter der Zivilbevölkerung führen mussten. Insbesondere war damit zu rechnen, dass das irakische Militär Zivilisten als Schutzschilde verwenden würde, so dass ein Angriff auch auf zivile Ziele unvermeidlich würde.

Schließlich war auch die Aussicht auf Erfolg des Krieges mindestens zweifelhaft, da führende Nahostexperten eine Destabilisierung der Region im Falle eines Angriffes der USA und der Briten voraussagten.

Bush hat damit grundlegende Lehren und Beschlüsse der United Methodist Church in so eklatanter Weise verletzt, dass zu fragen ist, ob die Kirche nicht die Mitgliedschaft des US-Präsidenten suspendieren muss. Eine derartige Suspension der Mitgliedschaft ist nach Auskunft der Kirche<sup>35</sup> gemäß § 200 des Book of Discipline i. V. mit §§ 2702.3 und 2714 prinzipiell möglich, u. a. wegen »Ungehorsams gegenüber der Ordnung und Disziplin der United Methodist Church« (»disobedience to the Order and Discipline of The United Methodist Church«) oder wegen der Verbreitung von Lehren, die den festgelegten Richtlinien der kirchlichen Lehre widersprechen (»dissemination of doctrines contrary to the established standards of doctrine of the United Methodist Church«). Auch wenn die Kirche diesen massiven Dissens durchaus einräumt, so wird er doch wieder entschärft durch die Erklärung des kirchlichen Informationsdienstes, bei den offiziellen Stellungnahmen zu Krieg und Frieden handle es sich um kein Kirchengesetz. Demgegenüber ist allerdings auf Artikel XVI des Glaubensbekennt-

nisses der Evangelical United Brethren Church von 1963 hinzuweisen, das in das derzeit gültige *Book of Discipline* der United Methodist Church als § 103 unter der Kapitelüberschrift »Our Doctrinal Standards and General Rules« übernommen wurde. Dort heißt es immerhin: »Wir glauben, dass Krieg und Blutvergießen dem Evangelium und dem Geist Christi zuwiderlaufen.«<sup>36</sup> Man wird daher die Frage aufrecht erhalten dürfen, ob hier nicht Handlungsbedarf für die United Methodist Church gegeben ist, will sie sich nicht dem Verdacht aussetzen, ihre Kirchenordnung sei beliebig.

Ich hatte eingangs für eine nicht-zynische, gleichwohl realistische Interpretation der derzeitigen Vorgänge im Irakkrieg plädiert. Ich glaube, wenn uns Theologinnen und Theologen in diesen Wochen des Kanonentonnens etwas gut ansteht, dann ist es das Vertrauen in die Macht des Wortes. Das Gefühl von Ohnmacht angesichts des Vorgehens der Amerikaner und Briten ist auch unter uns weit verbreitet. Das Gefühl, nichts tun zu können, macht viele von uns mutlos. Doch gerade wir, denen der verantwortungsvolle Umgang mit dem Wort und der öffentlichen Rede anvertraut ist, sind aufgefordert, in Angelegenheiten, die den christlichen Glauben betreffen, Stellung zu beziehen. Wir sind dazu aufgerufen, die Positionen der Alliierten, mindestens insofern sie sich auf das Christentum berufen, sorgfältig zu prüfen und gegebenenfalls zu kritisieren. Dabei dürfen wir uns nicht erschrecken lassen von Horrorszenarien des Terrorismus oder des Krieges, sondern müssen nüchtern die Geister prüfen im Vertrauen auf Gottes Beistand und in dem Bewusstsein, dass alles Tun in dieser Welt zwielichtig ist und auch unser eigenes Tun in diesem Zwielicht steht.

35. Für die Hinweise danke ich Frau Vicki Wallace, Information Specialist des United Methodist Information Service (email vom 9. April 2003).

36. »We believe war and bloodshed are contrary to the gospel and spirit of Christ.« Der gesamte Wortlaut des Glaubensbekenntnisses findet sich unter:  
[http://www.umc.org/churchlibrary/discipline/doctrinalstandards/doctrinal\\_standards.htm](http://www.umc.org/churchlibrary/discipline/doctrinalstandards/doctrinal_standards.htm).